

DIE LINKE

ZEITUNG FÜR NRW

3. Ausgabe | Mai 2011 | www.dielinke-nrw.de



Gleicher Lohn für gleiche Arbeit! Für ein Verbot von Leiharbeit!

Ab dem 01. Mai 2011 gilt in Europa uneingeschränkt die »Freizügigkeit« für ArbeitnehmerInnen. Lohndumping und dem Ausbau von Leiharbeit werden damit Tür und Tor geöffnet. DIE LINKE. NRW fordert bis zu einem Verbot umfassende gesetzliche Regulierungen für die Leiharbeit! Wir bleiben dabei: Menschen verleiht man nicht!

Eine Millionen Menschen dürfen aktuell ihre Arbeitskraft nicht einmal mehr verkaufen. Sie müssen sie verleihen: Tag für Tag! Diese Form moderner Sklaverei muss verboten werden! Bis zu einem Verbot muss die Leiharbeit umgehend auf ein absolutes Minimum be-

grenzt werden, z.B. für personelle Engpässe und Auftragsspitzen. Leiharbeit schafft niemals »gute Arbeit«. Und trotzdem sind ein Drittel der offenen Stellen, die von der Bundesagentur für Arbeit angeboten werden, Leiharbeitsplätze. DIE LINKE nimmt diese Entwicklung nicht hin. Es gilt, sie umzukehren und Arbeitsplätze zu schaffen, in denen Arbeitskraft nicht verliehen, sondern anständig bezahlt wird und Sicherheit für die Arbeitenden schafft. Der von Arbeitsministerin von der Leyen vorgelegte Gesetzesentwurf zur Verhinderung von Missbrauch in der Arbeitnehmerüberlassung ist Murks. Er setzt den Trend zur Ausbeutung und Deregulierung fort. **Seite 2**



Trotz Rot-Grün: Wo bleibt NRW-Atomausstieg? Oder: Atomausstieg findet in NRW nicht statt.

Nach dem Super-GAU in Fukushima sind Hunderttausende Menschen auf den Straßen und fordern den sofortigen Atomausstieg. Plötzlich gehen Dinge unter schwarz-gelb, die vorher unter rot-grün ganz und gar unmöglich waren. In NRW geht die Atompolitik weiter, als ob Rüttgers noch Regierungschef wäre. Auch in der Urananreicherungsanlage (UAA) in Gronau, in der Uran für Atomkraftwerke vorbereitet wird. Mit der eingesetzten Zentrifugentechnik kann aber auch atomwaffenfähiges Uran produziert werden. **Seite 4**

Der lange Weg zur Unabhängigkeit – Frauenarbeit in NRW

Erwerbsarbeit ist heute die Grundlage für eine eigene und unabhängige Existenz. Es scheint daher positiv, dass die Zahl der erwerbstätigen Frauen in den Statistiken ansteigt. Trotzdem haben weiterhin weniger als 10 % der Mütter von Kindern unter 3 Jahren eine Existenz sichernde Beschäftigung. **Seite 3**



7.5. Zentrales öffentliches Streitgespräch zum Programm in Düsseldorf

7.5. Aufstehen-hinsehen-dazwischen gehen! Rassisten von Pro Köln/NRW stoppen

9.5. Ratschlag zum Sozialticket von DGB, Region Ruhr-Mark und Initiativen, 17.00 Uhr, Jahrhunderthalle Bochum

14.5. Linke Medienakademie Regional in Bonn

18.5. Vortrag und Diskussion »Militarisierung – Die Bundeswehr im Innern« mit Ulla Jelpke, Rosa Luxemburg Club Oberhausen

27.–29.5. FEST der LINKEN unter Beteiligung des Landesverbandes NRW in Berlin

28.5. Viertes Forum für ein Sozialticket, Attac Niederrhein, 11–15 Uhr, Gerhard-Tersteege-Haus, Moers

28.5. voraussichtlich mehrere Anti-Atom-Demos in NRW

29.5. Vorbereitungstreffen des Bündnis gegen Petersberg II (5.12. in Bonn), Hannover, www.friedenskooperative.de

1./2.6. Aktion gegen Karlspreis-Verleihung an EZB Präsident Jean-Claude Trichet in Aachen

10.–15.6. SCHLUSS endlich – AKW blockieren! Blockaden zum Moratoriumsende. Mehr Infos auf www.x-tausendmalquer.de

14.6. Auslaufen des dreimonatigen Atom-Moratoriums, danach voraussichtlich weitere Demos/Bockaden
18.6. Konferenz »Demokratisierung der Polizei«, Fraktion DIE LINKE im Landtag NRW, Anmeldung erforderlich

Vorankündigung: 3.9. Sie werden nicht durchkommen, Naziaufmarsch verhindern, Dortmund, dortmundquer.blogspot.de

EINE UNTER VIELEN – ABER UNSERE!

Eine Zeitung. Auf den ersten Blick vielleicht wie jede Andere. Mit Rubriken, Spalten zu Themen von gestern, heute und morgen. Aber doch anders. Denn diese Zeitung will nicht den Alltagsmeldungen hinterherlaufen sondern informieren. Was ist dran an der Utopie Kommunismus, wie sieht denn ein demokratischer Sozialismus aus? Gibt es wirklich Wege zu einer friedlichen Welt und ist der Sozialstaat tatsächlich finanzierbar? Wir sind überzeugt, so eine Welt ist möglich. Aber dazu braucht es Kommunikation und inhaltliche Diskussionen. Ungefiltert und frei. Das ist unser Projekt. Nicht mehr und nicht weniger. Und das Wichtigste dabei sind Sie! Die Leserinnen und Leser. Es soll also nicht nur UNSERE, sondern vor allem IHRE Zeitung werden. Sie bestimmen die Themen. Und wenn nach dem Lesen noch Buchstaben drin sind, würde es uns freuen, wenn Sie sie an Freunde und Bekannte weiter geben. Denn Information schadet nur dem, der sie nicht hat. Die Redaktion wünscht viel Spaß beim Lesen und hofft, Sie warten auf die Nächste.
Michael Kretschmer

Fortsetzung von Seite 1

DIE LINKE hat klare Alternativen, die verhindern, dass Menschen ihre Arbeit verleihen müssen, und dafür sorgen, dass Konzerne in Anspruch genommene Arbeitskraft anständig bezahlen. Der fast unregulierte Einsatz der Leiharbeit führt zu erheblichen Verwerfungen auf dem Arbeitsmarkt. LeiharbeiterInnen verdienen oft 30 % bis 50 % weniger als ihre festangestellten KollegInnen: für gleiche Arbeit. Sie sind arm durch Arbeit. Von den mit der Verleihbranche vereinbarten Mindestlöhnen von 7,79 Euro (West) und 6,89 Euro (Ost) können sie schlicht nicht leben. In Vollzeit erhalten sie im Schnitt nur rund 1.400 Euro brutto. Mehr als 10 % der Betroffenen werden

gezwungen, ihre zum Teil noch viel niedrigeren Löhne mit Hartz IV »aufzustocken«. DIE LINKE fordert gleiches Geld für gleiche Arbeit, kurz »Equal Pay« und zwar ab dem ersten Einsatztag! Der Tarifvorbehalt und die 6-Wochen-Regelung für Langzeiterwerbslose müssen im Gesetz gestrichen werden. Können Menschen, die gezwungen sind, ihre Arbeit zu verleihen, zeitweise nicht beschäftigt werden, müssen sie in dieser Zeit einen Mindestlohn und die Möglichkeit für Weiterbildungen erhalten. Dafür fordert DIE LINKE Weiterbildungsfonds. Doch selbst wenn Leiharbeit durch diese Forderungen gesetzlich reguliert würde, bleibt sie eine unwürdige Beschäftigungsform, die für Lohnabhängige ein hohes Risiko birgt. Um

festen Anstellungen gegenüber Leiharbeit Vorteile zu verschaffen, fordert DIE LINKE einen Aufschlag von 10 % auf den Lohn von LeiharbeiterInnen. Die Verleihzeit soll auf drei Monate begrenzt und damit eine Verdrängung von Stammarbeitsplätzen verhindert werden. Menschen nur solange durch eine Leiharbeitsfirma zu bezahlen, wie sie auch von der Firma verliehen werden, muss verboten werden. Das gilt auch für den Einsatz von LeiharbeiterInnen, wenn sie als StreikbrecherInnen gegen die Stammebelegschaften ausgespielt werden. DIE LINKE fordert, dass Lohnabhängige, die Leiharbeit leisten müssen, das gleiche Recht auf Sozialeinrichtungen, wie z.B. Kantinen in den Einsatzbetrieben zu nutzen, erhal-

ten. Betriebsräten muss ein verbindliches Widerspruchsrecht gegen den Einsatz von Leiharbeit in ihrem Betrieb eingeräumt werden. Kurz, die linke Regulierungsstrategie setzt darauf, dass Lohndumping und die Spaltung der Belegschaften durch Leiharbeit verhindert werden. Von alleine ändert sich nichts! Lasst uns gemeinsam streiten für gleiche und gute Löhne, für eine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich, um Stellen zu schaffen und für einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn von 10 Euro brutto pro Stunde. Arbeit darf nicht arm machen – niemanden!

Matthias W. Birkwald, MdB DIE LINKE, Katharina Schwabedissen und Hubertus Zebel, SprecherInnen der LINKEN.NRW



Ist das der wahre Preis des Luxus? PRADA und DESA Missachten die Gewerkschaftsrechte

Die Luxusmarke PRADA lässt Ihre Artikel von der Firma DESA aus Istanbul fertigen. Sie bezahlen für die 1.200 Beschäftigten ca. 350 Euro Lohn. Die Arbeitszeit beträgt 10 Stunden an 6 Tagen. Auch Kinder und Jugendliche werden in der Produktion eingesetzt. Auf dem Gelände der DESA werden illegal und regelmäßig tonnenweise Industriemüll, Restleder und Chemikalien verbrannt.

Ist das der wahre Preis des Luxus? Sind die Begriffe wie kollektives Verhandlungsrecht, Gesundheit, Arbeitssicherheit, Mitbestimmung,

und Ergonomie für diese Modemacher unerwünschte Fremdwörter? Mit neuen Investitionen in eigene Subunternehmen erweitert die Zulieferer DESA prekäre Beschäftigung und Heim- und Frauenarbeit ohne Sozialversicherung. Damit eine Gewerkschaft als tariffähig anerkannt werden kann, müssen laut Gesetz sowohl 10 % aller landesweit in der Branche Beschäftigten als auch 50 % + 1 im betreffenden Betrieb notariell registrierte Gewerkschaftsmitglieder sein. Was selbst, wenn es erreicht wird, dem Unternehmen Spielraum eröffnet, indem ein Feststel-

lungsverfahren angestrengt werden kann. Die Lederarbeitergewerkschaft DERİ-İŞ handelte im Jahr 2009 mit PRADA und DESA nach langer Auseinandersetzung eine Vereinbarung aus, die aber nie umgesetzt wurde. Die LINKE unterstützte damals die Arbeitskämpfe der LederarbeiterInnen aktiv mit. DESA kündigte im Februar in Istanbul 14 KollegInnen wegen gewerkschaftlicher Betätigung kurz vor Erreichen dieser Hürden. DESA missachtet alle Bestimmungen der IAO und der europäischen Sozialcharta. DESA nutzt antidemokratische Gesetze

der Türkei. Die Exekutive der Türkei setzt sich parteiisch gegen die Gewerkschaften ein und geht brutal gegen die ArbeiterInnen vor. Einen rechtlosen Raum zu schaffen, ist nicht nur Ziel der Leder- und Textilunternehmern. Die LederarbeiterInnen kämpfen gegen staatliche Willkür und für soziale Gerechtigkeit. DERİ-İŞ bittet alle Partnergewerkschaften und die Öffentlichkeit um Solidarität mit den Beschäftigten der DESA in der Türkei. Die Gewerkschaft IGBCE und der Dachverband der Chemiegewerkschaften ITGLWF zeigen sich bereits solidarisch.
Selahattin Yildirim

Die LINKE.NRW auch beim UZ Pressefest

Abgeordnete aus Bund, Land und den Kommunen, sowie der KV Dortmund und weitere Gruppen und Initiativen der LINKEN beteiligen sich am

FEST DER SOLIDARITÄT

**24.-26. Juni 2011
Dortmund
Revierpark Wischlingen**

www.fest-der-solidaritaet.de

DIE LINKE.
NORDRHEIN-WESTFALEN

Der lange Weg zur Unabhängigkeit Frauenarbeit in NRW

Erwerbsarbeit ist heute die Grundlage für eine eigene und unabhängige Existenz. Es scheint daher positiv, dass die Zahl der erwerbstätigen Frauen in den Statistiken ansteigt. NRW ist unter den Bundesländern eins der Schlusslichter mit einer Erwerbsquote von rund 65 %. Von diesen knapp zwei Dritteln arbeitet allerdings nur die Hälfte in Vollzeit. Beachten wir auch die gut 20 % niedrigeren Durchschnittseinkommen der Frauen im Vergleich zu den Männern, bleibt ein erschreckend kleiner Anteil von weniger

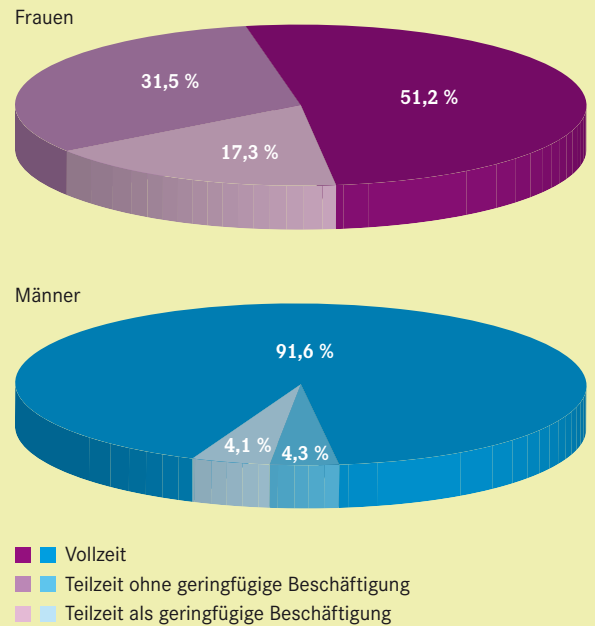
als einem Drittel der Frauen, die von ihrer Arbeit ein unabhängiges Leben führen können. Im Ruhrgebiet leben bundesweit die wenigsten Frauen mit einem Existenzsichernden Beruf. Ob Frauen erwerbstätig sind und vor allem in welchem Umfang, hängt erheblich von der Zahl und dem Alter ihrer Kinder ab. Weniger als 10 % der Mütter von Kindern unter 3 Jahren haben eine Existenzsichernde Beschäftigung. Skandalös ist, dass mit der Einführung der Mini-Jobs durch SPD und Grüne die Möglichkeiten

rapide gesunken sind, von Arbeit leben zu können. Um rund 10 % sank die Anzahl der vollzeitbeschäftigten Frauen in NRW zwischen 1997 und 2008, während die Zahl der Minijobberinnen sprunghaft anstieg. Das Recht auf Existenzsichernde Erwerbsarbeit, faire Löhne für Frauen, das Verbot von Minijobs und Leiharbeit und gute Kitas für die Kinder, dafür kämpfen wir weiter. *Irina Neszeri (eine der Sprecherinnen der Linke sozialistische Arbeitsgemeinschaft Frauen - LISA) und Cornelia Swillus-Knöchel (Frauenpolitische Sprecherin der LINKEN NRW)*



LISA-Frauen in Aktion: Die Krankenschwester Sylvia von Häfen und die Landtagsabgeordnete Anna Conrads am 8. März 2011 in Duisburg

Abhängig erwerbstätige Frauen und Männer in NRW



Daten aus 2008, Männer und Frauen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren. Quelle: Datenreport - Qualifikation und Erwerbsbeteiligung von Frauen in Nordrhein-Westfalen 1997 - 2008 (Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter des Landes Nordrhein-Westfalen)

lisa Mitmachen bei den LISA-Frauen

Vor Ort und auf Landesebene, Frauenpolitik als Thema oder als Querschnitt: Bei LISA sind alle eingeladen. Alle Infos unter www.dielinke-nrw.de/lisa

PCBs, Furane, Dioxine – Geld, Geld, Geld

Wie sehr der Spruch der CDU »Sozial ist, was Arbeit schafft« an der Realität vorbei geht, zeigt das Dortmunder Beispiel Envio. Die Landesregierung hat 2009 Fördergelder zur Schaffung

von Arbeitsplätzen an Envio gezahlt. Arbeitsschutz war ein Fremdwort – daher sind alle MitarbeiterInnen mit PCBs, Furanen und Dioxinen verseucht worden. Ein erster Mitarbeiter ist inzwischen gestorben. Ein großer Teil der Belegschaft von Envio waren LeiharbeiterInnen. Ob alle Leiharbei-

terInnen der letzten Jahre gefunden und untersucht wurden, ist unklar. Unterstützung hatten die Geschäftemacher bei der Bezirksregierung Arnberg. Auch wenn die damalige CDU/FDP-Landesregierung den Kontrollbehörden die Personaldecke kaputtgekürzt hatte, gab es genug Hinweise. Vorrang hatte, dass der Rubel rollte! Gelohnt hat es sich für die Manager von Envio. Sie haben im Aus-

land Vermögensgesellschaften gegründet, um die erbeuteten Millionen vor der Staatsanwaltschaft in Sicherheit zu

bringen. Apropos Staatsanwaltschaft – seit 2009 sitzt der kasachische Umweltminister wegen krummer Geschäfte mit Envio im Zuchthaus. In Deutschland ist bisher noch nicht einmal Anklage erhoben worden.



Urananreicherungsanlage in Gronau: Sofort stilllegen!

Im westfälischen Gronau steht die einzige deutsche Urananreicherungsanlage (UAA). Wer die Urananreicherung stoppt, trifft direkt die Versorgung der AKW mit Brennstoff und stoppt eine der militärisch gefährlichsten Technologien.

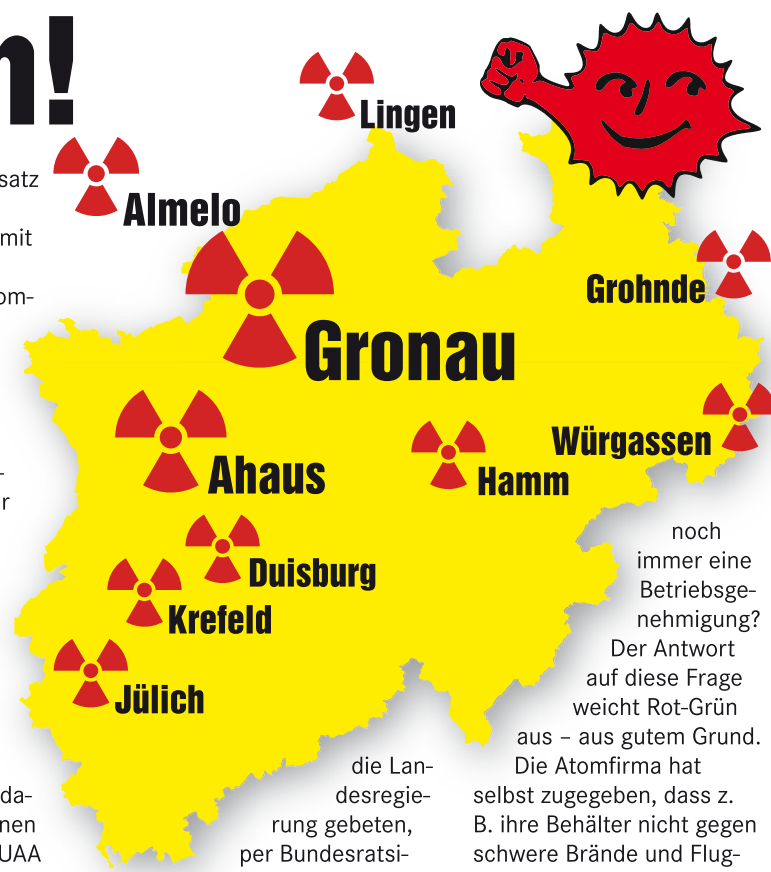
Die UAA in Gronau wird betrieben von einem internationalen Konzern, der sich Urenco nennt. Aber wo Urenco draufsteht, ist in Wirklichkeit RWE und E.ON drin: Über

wird durch angereichertes Uran von der Urenco mit Brennstäben versorgt. Der Konzern ist mit seiner Brennstoffproduktion einer der Schlüsselindustrien für den Weiterbetrieb alter AKW und die Versorgung neuer AKW. Die Verantwortung für Fukushima beginnt auch hier: Urenco musste einräumen, dass sie den Fukushima-Betreiber Tepco mit angereichertem Uran für Brennelemente versorgt. Die Transporte laufen aus den

in Gronau zum Einsatz kommt, entspricht grundsätzlich der, mit der auch Uran zur Produktion von Atomwaffen hergestellt werden kann. Mit Blaupausen der Urenco konnte sich z. B. Pakistan in den 1970/80er-Jahren den Weg zur Bombe sichern. Damit ist die UAA Gronau zweifelsohne »einer der gefährlichsten Bausteine der Atomindustrie« (Horst Blume). Trotz der vielen Störfälle und Skandale in den vergangenen Jahren konnte die UAA weiter produzieren, egal ob rot-grün oder schwarz-gelb regierte. Das muss ein Ende haben!

DIE LINKE. NRW fordert von der rot-grünen Landesregierung und der Bundesregierung umgehend ein Exportverbot für Uran sowie die sofortige Stilllegung der UAA!

Weder Rot-Grün in Düsseldorf noch der CDU-Landesvorsitzende und Bundesatomminister Röttgen handeln, sie schieben sich lieber gegenseitig die Verantwortung zu. SPD und Grüne im Landtag haben zwar jetzt



die Landesregierung gebeten, per Bundesratsinitiative die Grundlagen für eine Beendigung der Urananreicherung zu schaffen. Aber das hätte in der Zeit der Schröder-Trittin Regierung schon längst umgesetzt werden müssen. Wieso hat eigentlich Urenco

noch immer eine Betriebsgenehmigung? Der Antwort auf diese Frage weicht Rot-Grün aus – aus gutem Grund. Die Atomfirma hat selbst zugegeben, dass z. B. ihre Behälter nicht gegen schwere Brände und Flugzeugabstürze gesichert sind. Wir sagen: Es braucht keine weitere Sicherheitsüberprüfung. Wer die Atomaufsicht hat – und die hat das Land – muss Gronau stilllegen – und zwar jetzt!
Hubertus Zdebel

Die Vergangenheit lehrt: Wer sich von Rotgrün mit einer 30jährigen Bestandsgarantie für Atomkraftwerke abspeisen lässt, erhält später eine 42jährige Bestandsgarantie für AKWs durch Schwarzgelb als Quittung.

die Uranit GmbH sind sie zu einem Drittel an Urenco beteiligt. In Gronau wird Uran für den späteren Einsatz in Atomkraftwerken vorbereitet. Die UAA-Kapazität wurde in den vergangenen Jahren aufgrund einer noch unter rot-grün 2005 erteilten Ausbaugenehmigung massiv erweitert. Urenco ist ein ganz dicker Fisch im Atommonopoly: Rund ein Viertel aller Atomkraftwerke weltweit

Urenco-Anlagen in Almelo/NL und Capenhurst/GB. Aus Gronau wird der japanische AKW-Betreiber Kansai beliefert. Ein lukratives Geschäft für RWE und E.ON. Die UAA in Gronau stellt darüber hinaus aufgrund ihrer Eignung für die Produktion von atomwaffenfähigem Material und die Weitergabe des Know-Hows hierfür eine große Gefahr für den Weltfrieden dar: Die Zentrifugentechnik, die in der Anlage

e-off
5. Mai, Grugahalle Essen
Proteste gegen die E.ON-Jahreshauptversammlung

Kommentar von Andrej Hunko, MdB

Europa muss endlich sozial werden!

Mit der zum 1. Mai in Kraft tretenden »Arbeitnehmerfreizügigkeit« ohne Mindestlohn auf nationaler Ebene und ohne soziale Fortschrittsklausel auf europäischer Ebene wird dem Lohndumping Tür und Tor geöffnet. Die Arbeiterinnen und Arbeiter verschiedener Länder können so gegeneinander ausgespielt werden, ein Nährboden für rassistische Stimmungen wird geschaffen. Der

»Euro-Plus-Pakt«, der auf dem letzten Ratsgipfel im März beschlossen wurde, führt zu noch mehr Lohndumping und Sozialabbau. Um das zu verhindern, brauchen wir auch die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes, der 60 % des nationalen Mindestlohnes entspricht, wie es das Europäische Parlament am 9. Oktober 2008 beschlossen hat. Zudem ist dringend die Verankerung

einer sozialen Fortschrittsklausel in den europäischen Verträgen geboten, die den sozialen Grundrechten Vorrang vor den Kapitalfreiheiten gibt, wie auch vom Europäischen Gewerkschaftsbund gefordert. Leider wurde ein entsprechender Antrag der LINKEN im Bundestag nicht nur von Schwarz-Gelb, sondern auch von SPD und Grünen erst jüngst abgelehnt. DIE LINKE fordert darüber hinaus die Komplettrevision der EU-Verträge, damit nicht weiter die

Beschäftigten die Verlierer in der EU sind. Europa wird sozial sein – oder es wird nicht sein.



Andrej Hunko ist Mitglied des Deutschen Bundestags für die Fraktion DIE LINKE. Dort arbeitet er im Ausschuss für Angelegenheiten der EU.

JA Ich möchte mehr Infos. Ich möchte zu Veranstaltungen eingeladen werden. Ich möchte Mitglied werden.

Deine Angaben werden in den Gliederungen der Partei DIE LINKE entsprechend den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) gespeichert, verarbeitet, übermittelt und aufbewahrt. Mit Deiner Unterschrift erklärst Du dazu dein Einverständnis.

Name, Vorname _____ Telefon/Mobil _____ Unterschrift _____

Straße, Hausnummer _____ E-Mail-Adresse _____

PLZ, Ort _____ Geburtsdatum _____

Bitte ausgefüllt senden an:
DIE LINKE. NRW
Corneliusstr. 108
40215 Düsseldorf

IMPRESSUM
Herausgeber: DIE LINKE. NRW
Corneliusstr. 108, 40215 Düsseldorf
Tel.: 0211/35 89 07
Fax: 0211/35 89 08
lgs@dielinke-nrw.de
www.dielinke-nrw.de
V.i.S.d.P.: Katharina Schwabedissen
Gestaltung: Mediendepot Ruhr, Duisburg
Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH, Berlin